



Auf der Zielgeraden?

Bei den Europa- und Kommunalwahlen in Brandenburg hat der Landesverband der AfD seinen Einfluss ausbauen können. Eine Wahlanalyse zu einem der drei Ost-Bundesländer, in denen im September Landtagswahlen stattfinden.

Von Christoph Schulze

Ganz locker lief die AfD bei den Europawahlen am 9. Juni in Brandenburg mit 27,5 Prozent Stimmanteil als erstplatzierte Partei ins Ziel. In ähnlicher Höhe waren Ergebnisse in den anderen ostdeutschen Flächenländern ausgefallen. Im Bund landete die AfD mit 15,9 Prozent erstmals auf dem zweiten Platz. Diese Erfolge gelangen der Partei trotz eines desaströsen Wahlkampfes mitsamt der Skandale um den Europa-Spitzenkandidaten Maximilian Krah. Dass die AfD ihre Rekordumfragewerte aus den Vormonaten von bis zu 22 Prozent bundesweit am Ende nicht in reale Stimmen umsetzen konnte, kann vor diesem Hintergrund keineswegs als Ausdruck von Schwäche gelten. 6,3 Millionen Menschen stimmten bundesweit für die AfD, das sind satte 2 Millionen mehr als 2019.

Die 27,5 Prozent der Brandenburger Stimmen entsprachen in absoluten Zahlen bei einer recht hohen Wahlbeteiligung 380.000

Menschen. So viele haben in Brandenburg noch nie für die AfD gestimmt. Im Bund und noch einmal ausgeprägter in Brandenburg wurde im Wahlergebnis die Unzufriedenheit mit der Ampelregierung deutlich. Deren Parteien verloren, ganz besonders stark die Grünen. Trotz ihres Rechtskurses profitierte die Union nicht von ihrem Status als bundesweit größte Oppositionskraft, sondern stagnierte. Während die Linkspartei auch in Brandenburg unter die Fünfprozentmarke fiel, debütierte das Wagenknecht-Bündnis (BSW) – das real bisher kaum über Strukturen verfügt – mit einem starken Ergebnis von 13,8 Prozent in Brandenburg. Nachwahlauffragen zufolge wirkte das BSW dabei keineswegs als AfD-Dämpfer, sondern holte seine Stimmen vor allem bei SPD und Linken. Die progressiv orientierten Parteien SPD, Linkspartei und Grüne kamen zusammengerechnet auf gerade mal 23,5 Prozent der Stimmen.

Im Wahlkampf setzte die AfD auf die Betonung ihrer Präsenz in Form von massenhafter Plakatierung. Ergänzend kamen Wahlkampfstände und einige Kundgebungen hinzu. Der Andrang hierbei blieb insgesamt überschaubar. Während des Wahlkampfes berichteten Wahlkämpfer*innen anderer Parteien vielfach von Sachbeschädigungen und Aggressionen durch AfD-Sympathisant*innen. Die Beratungsstelle Opferperspektive bestätigt diese Eindrücke. Die Brandenburger Polizei vermerkt steigende Zahlen politischer Kriminalität seit Jahresbeginn.

Neue politische Realität

Es ist zu befürchten, dass sich im Brandenburger Europawahlergebnis nicht nur ein Ampelfrust ausdrückt, sondern die neue politische Realität. Laut Nachwahlumfragen ist »Enttäuschung über andere Parteien« ein immer seltener genanntes Motiv für die Wahl der AfD. Dass die Partei gegen den »Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen« einstehe, wird ihr von ihren Wähler*innen zugutegehalten, AfD-Programm und ihr Klientel stimmen in diesem Kernanliegen also überein. Um die 25 Prozent für die AfD in Brandenburg – vielleicht ist das jetzt erst einmal so.

Der AfD-Landesverband ist radikaler denn je. Die Parteiführung wird das jetzige Wahlergebnis als Ansporn nehmen, diesen Kurs fortzuführen. Ihr Ruf verbessert sich im Gegensatz dazu. Eine Umfrage im Herbst 2023 ergab, dass noch 58 Prozent der Brandenburger Bevölkerung meinen, »die AfD distanziert sich nicht genug von rechtsextremen Positionen«. Das ist eine Mehrheit, aber ein sattes Minus von 19 Punkten gegenüber dem Wert von 2019. So sieht Normalisierung aus.

Parallel zu den Europawahlen wurden in Brandenburg auch die kommunalen Gremien neu gewählt. In den Ergebnissen finden sich weitere Anhaltspunkte für die Stabilisierung der AfD als Wahlpartei. Eigentlich gelten kommunale Wahlen, mit ihrem starken und konkreten Ortsbezug und der Nähe zu den Kandidierenden als ganz anders strukturiert als eine Wahl zu einer abstrakteren Instanz wie dem Europaparlament. Real kam das Ergebnis der AfD mit 25,7 Prozent bei den Kreistagswahlen dem Resultat der Europawahlen jedoch sehr nahe. Im Jahr 2019 hatte dieser Wert noch bei 15,9 Prozent gelegen. Bis auf den Kreis Potsdam-Mittelmark (CDU) und die Stadt Potsdam (SPD) wurde die AfD in allen 14 Landkreisen und vier kreisfreien Städten die stärkste politische Kraft. Rekordergebnisse wurden im Süden in Spree-Neiße (38,2 Prozent) und in Oberspreewald-Lausitz (31,8 Prozent) sowie in der Uckermark (31,1 Prozent) erreicht.

Legt man die Größe des Verbandes zugrunde, ist die Brandenburger AfD weit davon entfernt, die Volkspartei zu sein, zu der sie sich selbst erklärt. Den aktuellsten Angaben zufolge verfügt sie über lediglich rund 2400 Mitglieder – selbst die Grünen haben im Bundesland mehr Mitglieder. Kommunalpolitische Präsenz ist der AfD jedoch offenbar wichtig, denn sie mobilisierte ihre Mitgliedschaft und ihr Umfeld stark, um viele Wahlantritte zu realisieren.

Leuchtturmartig wurde in manchen Kreisen demonstrativ die eigene Stärke herausgestellt. In Märkisch-Oderland beispielsweise standen 61 Personen auf der AfD-Liste für den Kreistag, mehr als überhaupt Sitze zu vergeben waren. Insgesamt hat die AfD 1795 Kandidaturen aufgegeben, die sich auf 1139 Personen verteilten (einige kandidierten für mehrere Mandate gleichzeitig). Im Median waren die AfD-Kandidierenden 57 Jahre alt. Wegen des guten Abschneidens am Wahltag errang sie 1134 Mandate, von denen sie 1037 antreten wird. In 97 Fällen kann die AfD die errungenen Mandate mangels Personal nicht besetzen – eine ziemlich hohe Ausfallquote. Zudem nahmen einige AfD-Kandidat*innen ihre gewonnenen Mandate schlichtweg nicht an.

Die Werte der vorigen Kommunalwahlen wurden übertroffen. 2019 hatte die AfD für 923 Mandate kandidiert, 566 gewonnen, von denen sie 523 besetzen konnte. Das heißt: Die Zahl der AfD-Mandate in Brandenburg hat sich mit den jetzigen Wahlen annähernd verdoppelt: von 523 auf 1036. Auf der höchsten kommunalen Ebene der Kreistage (inkl. kreisfreie Städte) war das Wachstum ebenfalls bemerkenswert. 248 der insgesamt 942 Brandenburger Kreistagsmandate hat die AfD gewonnen, während es 2019 noch lediglich 153 waren. Die Brandenburger Kreistage werden durch die gestärkte AfD noch männlicher. Nur 28 Prozent der Mitglieder in den Brandenburger Kreistagen sind Frauen. Bei der AfD ist das Missverhältnis noch krasser: 84 Prozent Männer, 16 Prozent Frauen.

Unter den Mandatsträger*innen der AfD sind viele, die politisch unerfahren und für die parlamentarische Arbeit nicht qualifiziert, vielleicht auch nicht fähig sind. Bisherige Stichproben zur kommunalpolitischen Praxis der Partei in Brandenburg stellen die-

ser ein überwältigend schlechtes Zeugnis aus. 2023 wurde eine »Kommunalpolitische Bildungsvereinigung Brandenburg« (KOBV) ins Leben gerufen, mit dem Zweck, »Unterstützung zur Vorbereitung auf

„ Es ist zu befürchten, dass sich im Brandenburger Europawahlergebnis nicht nur ein Ampelfrust ausdrückt, sondern die neue politische Realität. „

ein kommunalpolitisches Mandat« zu leisten. Anfang August bietet die Organisation einen Seminartag an, bei dem den Mandatsträger*innen »Basiswissen« vermittelt werden soll. Ein Tropfen auf den heißen Stein: Ihre Defizite dürfte die Partei damit allerhöchstens abmildern können.

Wenig Wunder nimmt es derweil, dass unter den AfD-Mandatsträger*innen nicht wenige zu finden sind, die eine knallharte neonazistische Vita vorweisen. Nur ein Beispiel: In der Stadtverordnetenversammlung von Zossen sitzt jetzt Stefan Broschell, der als Betreiber des Bücherdienstes eine wichtige Funktion in der 2023 verbotenen Neonazi-Sekte Artgemeinschaft inne hatte. Verstrickungen von vielen weiteren Brandenburger AfD-Kommunalpolitiker*innen in den Neonazismus ließen sich aufzählen. Festzuhalten ist: Die Brandenburger AfD integriert Neonazis.

Desaströse AfD-Bilanz in den Kommunen

Gleichwohl scheinen die Wahlergebnisse in verblüffend vielen Fällen kaum an die tatsächliche kommunalpolitische Performance der

AfD in den Vorjahren gekoppelt zu sein. In Cottbus gab es mit 29,2 Prozent ein gutes Ergebnis für die AfD, sogar rund sieben Prozent höher als bei den vorangegangenen Wahlen. Dabei hatte sich die AfD-Fraktion in der von ihr als »Leuchtturm« gefeierten Lausitzmetropole seit 2019 ganz ohne Not und in aller Öffentlichkeit selbst demontiert. Auf Streitereien folgten Austritte. Von der elfköpfigen Fraktion waren bis 2020 nur noch fünf Mandate übrig. Nicht die parlamentarische Praxis, aber die Straßenpolitik hat die Cottbuser AfD um ihren Kreisvorsitzenden Jean-Pascal Hohm perfektioniert. Bei Coronaprotesten folgten bis zu 4000 Menschen den Demoauffufen aus der AfD-Blase. Die Partei integriert dabei ganz offen militante Rechte. Bei den Coronaprotesten in Cottbus wurde mehrmals ein Schwarzer Block mit Vermummten prominent in Szene gesetzt. Auch im Barnim und in Dahme-Spreewald hatten die AfD-Fraktionen seit 2019 vor allem mit Spaltungen und Skandalen auf sich aufmerksam gemacht, trotzdem wurde die Partei mit 24,5 Prozent beziehungsweise 25,6 Prozent Wahlsiegerin. Das bedeutet: Zumindest auf Kreisebene waren die AfD-Ergebnisse auch kommunal keine Personenwahlen oder der Zuspruch für als zufriedenstellend bewertete Parlamentspolitik.

Mit rund einem Viertel der Sitze wird die AfD in den Kreisparlamenten nirgends das politische Handeln alleinig bestimmen können. Aber Sachpolitik ohne oder gar gegen sie wird noch schwieriger werden. Die CDU wird zeigen müssen, ob sie willens und in der Lage ist, ihre Basis von Kooperationen mit der AfD abzuhalten. Unter den im ländlichen Raum immens wichtigen Wahlgemeinschaften und –zusammenschlüssen, den Bauern- und Feuerwehrgruppen wird es auch Kräfte geben, die einer Kooperation mit der AfD zugeneigt sind. In einigen Orten wie in Lübben (»Unser Lübben«) oder in Cottbus (»Mittelstandsinitiative«) sind zudem klar AfD-nahe Gruppierungen in die Parlamente eingezogen. Andere rechtsextreme Parteien kommen indes nicht als Partnerinnen der AfD infrage – sie existieren als politisch relevante Kraft kaum mehr. Die militanten Neonazis von »Der III. Weg« errangen einen Kreistagsitz (Prignitz), Die Heimat zwei (Oberspreewald-Lausitz, Oder-Spree). Die geplante Zusammenarbeit zwischen Heimat und einigen AfD-Mitgliedern in Südbrandenburg, die nach der Wahl bekannt gegeben wurde, sagt einiges aus über das AfD-Milieu. Sie war letztlich aber eher ein PR-Gag der Neonazis von Die Heimat als Ausdruck einer kommunalen Mehrheitsbeschaffungsoption für die AfD.

Wahlsieg im Herbst ist greifbar

Was verheißen die aktuellen Entwicklungen für die Landtagswahlen im September? Natürlich ist die Dynamik bis zum Wahltag nicht vorherzusehen. Aber auf Grundlage des derzeitigen Wissensstands muss festgehalten werden: Ein Wahlsieg ist für die AfD greifbar. Seit über einem Jahr führt die AfD sämtliche auf die Landtagswahlen bezogene Umfragen an. Selbstbewusst hat die Partei ihr Wahlmanifest »Regierungsprogramm« genannt. »Remigration« wird darin ganz offen als politische Kernforderung vertreten.

Fraktionschef Christoph Berndt tritt als Spitzenkandidat auf der Landesliste an. Bis vor kurzem tobte im Landesverband ein Machtkampf zwischen dem Lager der mit dem »Flügel«-Netzwerk verbundenen Landesvorsitzenden Birgit Bessin und einem nicht minder radikalen zweiten Lager um Berndt, das ein professionelleres Erscheinungsbild des Verbands sicherstellen möchte. Bei den Parteitag im April, also gerade noch rechtzeitig für die heiße Wahlkampfphase, wurde der Konflikt beendet. Bessin verlor ihren Posten und als neuer Landesvorsitzender wurde der mit Berndt eng verbundene Bundestagsabgeordnete René Springer bestimmt.

Schranken in Hinsicht auf die Reputation ihres Personals scheint es in der Partei größtenteils keine mehr zu geben. In Potsdam hat die Partei mit Tim Krause einen verurteilten Steuerhinterzieher aufgestellt. Über den Barnimer Kandidaten Roman Kuffert wurde unlängst bekannt, dass er eine Vergangenheit als Stasi-Spitzel hat.

Wenn die AfD im September erwartungsgemäß die 23,5 Prozent Stimmanteil der Landtagswahlen 2019 übertrifft, wird sie voraussichtlich die Anzahl ihrer Direktmandate steigern können. Daraus könnte sich eine Erhöhung der Ausgleichsmandate und in der Folge eine Verfassungskrise ergeben. Der Bertelsmann-Stiftung zufolge wäre ein Szenario denkbar, in dem die Zahl der Parlamentssitze von eigentlich 88 auf 140 steigen würde. Gesetzlich ist in Brandenburg die Zahl der Sitze aber auf höchstens 110 begrenzt. Noch ist nicht abzusehen, wie sich dieser Widerspruch auflösen lässt. Politisch profitieren könnte einmal mehr die AfD. Schon 2019 hatte sie etliche Wahlkreise gewonnen und in weiteren den Sieg nur knapp verfehlt. Wie jetzt schon kommunalpolitisch wird nach der Wahl auch landespolitisch die Bedeutung der AfD weiter anwachsen. Die Positionen der Partei zu vielen gesellschaftlichen Fragen sind eigentlich reichlich unpopulär, etwa in Bezug auf Frauenrechte und Geschlechterfragen. Schwangerschaftsabbrüche will die Brandenburger AfD erheblich erschweren – ein Vorhaben, welches im Bundesland nicht als mehrheitsfähig gelten kann.

Ansätze für ein Entgegensteuern gilt es im Angesicht der ernsten Lage zu finden. Problematisch dabei ist nicht nur die AfD selbst, sondern auch, dass wichtige Akteur*innen die AfD als »gewählte und nicht verbotene Partei« legitimieren, sie weiterhin als Protesterscheinung verharmlosen oder als gangbares Rezept gegen AfD-Offensiven eine Art Entpolitisierung des öffentlichen Raumes ansehen. Dabei gibt es durchaus demokratische Gegenmilieus und somit auch Potenziale für Offensiven gegen die AfD. Die Demonstrationen am Jahresanfang nach Veröffentlichung der Correctiv-Recherchen waren auch in Brandenburg zahlreich und stark. •





Schulverweis für Neonazis

Die neonazistische Kleinstpartei »Der III. Weg« entdeckt zunehmend Schulen als Agitationsraum für sich. Die Berliner Register haben in den letzten Monaten mehrere entsprechende Vorfälle dokumentiert.

Vom Lichtenberger Register

Die Partei »Der III. Weg« ist derzeit die tonangebende Kraft in der militanten Neonaziszene Berlins. »Der III. Weg« fungiert vor allem als Sammelbecken für aktionsorientierte Neonazis, nur selten tritt sie zu Wahlen an. Die Organisation als Partei stellt eine Hürde für ein Verbot durch die Behörden dar und ist strategisch gewählt. Ihr aktueller Fokus liegt darauf, Jugendliche für die Parteiljugend »Nationalrevolutionäre Jugend« (NRJ) zu gewinnen. Die Berliner Register beobachteten in den vergangenen Monaten verstärkt Aktivitäten der NRJ. Angriffe und Einschüchterungsversuche gegenüber Personen und Orten, die als »links« oder »queer« verstanden werden, häufen sich. Seit Ende Oktober 2023 kommt es zu Rekrutierungsversuchen durch Parteimitglieder vor Schulen.

Neonazistische Propagandaaktionen vor Schulen sind ein Phänomen, das in

den letzten 20 Jahren in Berlin nicht mehr beobachtet werden konnte. Zuletzt wurden in den Nuller Jahren sogenannte Schulhof-CDs verteilt. Dass Neonazis nun wieder Präsenz vor Schulen zeigen, ist in jeglicher Hinsicht besorgniserregend. Die NRJ ist derzeit die einzige aktionsorientierte Neonaziorganisation, die für Jugendliche »attraktive« Angebote schafft. Damit füllt sie eine seit vielen Jahren existierende Lücke und sorgt so für Nachwuchs in der militanten rechten Szene. Kampfsporttrainings oder Graffiti-Aktionen bieten jungen Interessierten Zugang zu einer patriarchalen und völkischen Gemeinschaft.

Um neue Mitglieder zu rekrutieren und Präsenz im öffentlichen Raum zu demonstrieren, werden nun auch Jugendliche vor Schulen abgepasst. Den Berliner Registern sind seit Oktober 2023 mindestens sechs Schulhofaktionen des »III.

Weges« in den Bezirken Lichtenberg, Treptow-Köpenick und Marzahn-Hellersdorf bekannt. Hierbei standen Mitglieder der Jugendorganisation NRJ vor Schulen und versuchten Propaganda zu verteilen, darunter Visitenkarten mit Kontaktmöglichkeiten, einem QR-Code und Angeboten wie »Musik, Videos, Berichten, Aktionen, Gemeinschaft«. Geworben wird mit dem scheinbar harmlosen Slogan: »Werde ein Teil vom Ganzen!« In den bekannt gewordenen Fällen konnten die verteilenden Neonazis durch ihre T-Shirts, Pullover oder Schlauchtücher, auf denen das Parteilogo prangte, der Partei zugeordnet werden. Dennoch fiel es Pädagog*innen nicht leicht, diese als Neonazis zu identifizieren. Ein Grund dafür ist, dass »Der III. Weg« (im Vergleich zur NPD) bei vielen noch weitgehend unbekannt ist. Zudem fand diese Art der Agitation vor Schulen in jüngerer Vergangenheit nicht

statt, weshalb Erfahrungswissen fehlt. Umso wichtiger ist es, dass Fachkräfte informiert sind, sodass sie die Neonazis zukünftig erkennen und angemessen auf deren Aktionen reagieren können. In den bekannten Fällen fanden die Verteilaktionen am Ende des Unterrichts statt. Angesprochen wurden insbesondere Jugendliche, die man als weiß, männlich und heterosexuell ausmachte. Die Ansprache nach der Schule erschwerte es den pädagogischen Fachkräften, direkt mit den Schüler*innen über die Agitationsversuche zu sprechen und das Erlebte einzuordnen.

Aus den Gesprächen mit Angehörigen der betroffenen Schulen ist bekannt, dass die Neonazis des »III. Weges« unterschiedliche Gründe für ihr Auftreten nannten. Dazu gehört beispielsweise das Argument, Propaganda dürfe vor der Schule verteilt werden, weil sich die Partei angesichts der bevorstehenden Wahlen im Wahlkampf befindet. Vor einer anderen Schule gaben sie sich als Jugend- und Wanderverein aus, um nicht als Neonazis erkennbar zu sein. Klar ist, dass sie auf dem Schulgelände selbst nicht agitieren dürfen – hier greift das Hausrecht. »Der III. Weg« steht deswegen meist in

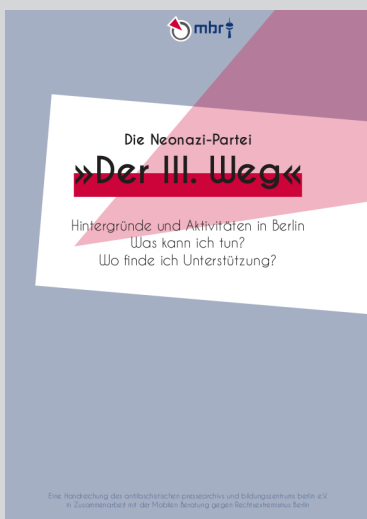
der Nähe und wartet dort auf Schüler*innen, die das Schulgelände verlassen. In einem Fall wurde eine Fachkraft massiv bedroht und bedrängt, nachdem sie die Aktiven des »III. Weges« aufgefordert hatte, sich weiter vom Schulgelände zu entfernen. Anderweitige Erfahrungswerte mit Neonazis des »III. Weges« zeigen, dass diese mitunter bewaffnet und dazu bereit sind, als links wahrgenommene Jugendliche anzugreifen. Es besteht daher das Risiko, dass eine Ansprache früher oder später zu Gewalt eskaliert.

Was tun?

Es ist in jedem Fall ratsam, die Polizei zu informieren und die direkte Konfrontation zu vermeiden. Gute Erfahrungen wurden mit schnellen Kommunikationswegen zwischen Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen gemacht. In einem Fall konnten Schüler*innen so noch vor Verlassen ihrer Schule über die Präsenz des »III. Weges« vor dem Gebäude informiert werden. Insbesondere von Rassismus betroffene, migrantische, linke oder queere Jugendliche brauchen in diesen Situationen Schutz und sollten am besten auf dem Nachhauseweg begleitet werden. Es

ist zudem hilfreich, sich gemeinsam im Kollegium oder mit Schüler*innen im Vorfeld mit möglichen Szenarien auseinanderzusetzen. Eine enge Begleitung von Jugendlichen, die entweder gezielt angeworben oder angefeindet wurden, ist ebenfalls ratsam.

Der Blick in die Zukunft gestaltet sich ungewiss. »Der III. Weg« hat bereits weitere Schulhofaktionen in Brandenburg angekündigt und zum Teil bereits durchgeführt. Schule und Zivilgesellschaft sind mittlerweile zunehmend dafür sensibilisiert und auf Agitationsversuche vorbereitet. Es gilt, wachsam zu sein, zu reagieren, wenn nötig und sich an die lokalen Dokumentations- und Beratungsstellen zu wenden. •



Über die jüngsten Aktionen des »III. Weges« in Berlin und die Frage, wie Fachkräfte darauf reagieren können informieren zwei in diesem Jahr veröffentlichte Handreichungen.

Das apabiz und die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin haben gemeinsam eine handliche Übersicht über Hintergründe, Aktivitäten und Handlungsempfehlungen erstellt, die bei uns bestellt werden kann.



Zum Umgang mit Neonazis vor Schulen hat das Lichtenberger Register zusammen mit der Fach- und Netzwerkinstitution Licht-Blicke eine Handreichung für Lehrer*innen und Pädagog*innen herausgegeben.





Gedenkbild für die Opfer des Anschlags in Hanau | Foto: Dosenkunst.de

5 Minuten und 29 Sekunden

Anfang dieses Jahres erschienen zwei Bücher, die sich aus sehr persönlichen Blickwinkeln mit dem extrem rechten Anschlag von Hanau befassen. Çetin Gültekin und Said Etris Hashemi haben am 19. Februar 2020 ihre Brüder verloren: Gökhan Gültekin und Said Nesar Hashemi. Etris wurde ebenfalls angeschossen und überlebte den Anschlag schwer verletzt. Die Bücher beschreiben die Leben ihrer Brüder und setzen sich mit rechtem Terror und dessen Aufarbeitung auseinander.

Von Dana Fuchs und Mika Pérez Duarte

Çetin Gültekin und Said Etris Hashemi erzählen aus der Perspektive von Angehörigen und Betroffenen rechter Gewalt. Sie berichten von ihren Familien, institutionellem Rassismus und ihrem Leben in Hessen. Die beiden schreiben ausführlich über die Tatnacht: Etris und dessen Bruder Nesar trafen sich an diesem Abend gemeinsam mit ihren Freunden Momo, Hamza Kurtović und Piter Minnemann in der Arena Bar. Zuvor hatte sich Etris bei Gökhan Gültekin im Kiosk noch eine gemischte Tüte gekauft, die dieser immer ganz voll macht, aber nur 50 Cent dafür nimmt. Die Fünf essen gerade Pizza, als der Täter die Bar betritt und schießt. Etris ruft die 112 an. Unter der 110 konnte er, wie auch andere Zeug*innen, niemanden erreichen. Später stellt sich heraus, dass die Notrufzentrale völlig unterbesetzt war. Als die Rettungskräfte ankommen, lehnt sich Etris draußen auf der Straße an ein Auto. Es ist das von Vili Viorel Păun. Vili liegt ermordet am Steuer. Als Etris Familie am Tatort ankommt, ist dieser bereits im Krankenhaus.

Çetin beschreibt, wie er von seinem Sohn Mert in der Tatnacht angerufen wird: »Mert klang rau und atemlos, als wäre er gerade einige Kilometer gerannt. Nie zuvor in meinem Leben und nie danach habe ich ihn so sprechen hören. Ich erkannte ihn kaum als meinen Sohn. Baba, du musst sofort zum Kurt-Schuhmacher-Platz kommen, Onkel wurde erschossen, komm, bitte, schnell.« Er fährt zum Tatort wo seine tagelange Suche nach Gogo, Gökchans Spitzname, beginnt. Was ist passiert? Wo ist sein Bruder? Warum erfahren die Angehörigen nichts und werden von den Polizeibeamten so schlecht behandelt?

Eigene Geschichten

Etris erzählt seine Geschichte, indem er zwischen der Gegenwart, den Geschehnissen der letzten vier Jahre und seiner Kindheit und Jugend hin und her wechselt. In jedem Kapitel bezieht er sich dabei auf einen bestimmten Tag, wobei er mit dem 7. Juli 2023 – dem letzten Tag des Untersuchungsausschusses zum Anschlag im hessi-

schen Landtag – beginnt. Çetin hingegen erzählt chronologisch. Er beginnt mit seiner Familiengeschichte und beschreibt, wie der Vater als Gastarbeiter nach Deutschland kam, in welchen Verhältnissen er und Gogo aufgewachsen sind, welche Wege dieser einschlug und wie ihr Verhältnis im Laufe der Jahre zueinander war. Immer wieder flechtet er Erinnerungen, Anekdoten und Trauerbekundungen anderer an seinen Bruder ein. Wut und Trauer sind die Gefühle, die er zu transportieren vermag. Ungeschönt und im Spiegel der rohen Gewalt, die sein Bruder und die Ermordeten von Hanau erfahren haben, ist die Sprache Çetins. Die autobiographische Erzählung endet mit dem Appell »nicht zu vergessen, nicht zu vergeben«, um den Rassismus in der Gesellschaft weiter zu bekämpfen. Etris möchte mit seinem Buch aufzeigen, welches rassistische System hinter den Morden steckt: »Ich bin mehr als ein Überlebender. Ich bin kein Einzelschicksal. Ich bin mehr als ein Opfer von rechtem Terror und ich will kein Mitleid dafür. Mitleid ändert die Verhältnisse nicht. Stattdessen

will ich zeigen, warum mein Bruder gestorben ist. Welches System dahinter steckt. Welche Ideologien und Vorurteile dazu führten. Ideologien und Vorurteile, die überall in Ritzen, Schatten und manchmal sogar im hellen Tageslicht existieren, auch in Polizisten, Lehrern, Beamten, Busfahrern – überall, in der ganzen Gesellschaft.«

Beide klagen mit ihrem klaren und eindringlichen Tonfall die rassistischen Strukturen in den deutschen Behörden an, genau wie die mangelnde Empathie, die schlechte Aufarbeitung und das Verhalten gegenüber den Opferfamilien. Es bleiben keine Fragen offen, bis auf diejenigen, auf die der Staat die Antworten verweigert. Da ist die Frage nach dem Notruf und den Notausgängen. Unklar bleibt, warum den Opferfamilien über eine Woche lang nicht gesagt wurde, wo ihre Angehörigen sind oder warum Nesars Handy im Laufe der Ermittlungen auf Werkseinstellung zurückgesetzt wurde: »Warum macht man das bei einem Opfer eines Terroranschlags? Was sollten denn für wichtige Infos auf dem Handy sein, auf dem Nesar Candy Crush gezockt hatte und endlos durch Instagram gesurft war? Vor allem meine Mutter wollte es unbedingt zurückhaben. Wegen all der Fotos. [...] Die Polizisten hatten alles auf dem Handy gelöscht. [...] Was wir zurückbekamen, war eine leere Hülle, mit schönen Grüßen von der Polizei.«

Was folgt auf den Anschlag von Hanau?

Die Autoren berichten von den Folgen, die der Verlust und die Gewalt vom 19. Februar 2020 für sie und ihre Angehörigen hatten: So beschreibt Etris unter anderem seinen Umgang mit dem Überlebensschuld-Syndrom. Çetins Leben veränderte sich komplett, sein Leben wurde unterbrochen: »Es war als wäre ich mit Gökhan gestorben.« Er berichtet davon, nicht weiterarbeiten zu können, vom Rückzug in die Wohnung der Eltern, um seinem Sohn nahe zu sein und um die Familie – die auf

seine Unterstützung angewiesen ist - nicht alleine zu lassen. Nur wenige Wochen nach dem Anschlag verstirbt Çetins Vater.

“ Der Anschlag hatte insgesamt nur fünf Minuten und 29 Sekunden gedauert. Keine sechs Minuten vom ersten Tatort am Heumarkt bis hin zu uns am Kurt-Schuhmacher-Platz. Fünf Minuten, 29 Sekunden und 45 Kugeln, die neun Rosen hinterließen. (Hashemi, S.139)

An vielen Stellen wird deutlich, wie die Familie, Freund*innen und Angehörige auf den Verlust und die schlechte Behandlung durch die Behörden reagierten, die sekundäre Viktimisierung aushielten und durch das Verhalten der Lokalpolitiker*innen rassistisch diskriminiert wurden. Anklage erhebt Çetin gegenüber Politik und Behörden: »Nachdem herauskam, dass Faschisten beim SEK arbeiten, wurden sie einfach umverteilt [...] und können dort ihren Hass verbreiten. Wieder einmal gab es keine Konsequenzen. Auch für den Vater nicht.« Der Vater des Attentäters versucht weiterhin, die Familien der Opfer einzuschüchtern.

Aufklären, Erinnern, Kämpfen

Die autobiographischen Komponenten der Texte schaffen Vertrauen, sie bezeugen ihre persönlichen Verluste und politisieren die

se. Çetin und Etris sind Zeugen der rassistischen Gewalt, Experten, die den Lesenden vom institutionellen Rassismus in den hessischen Behörden berichten können – und das lange vor dem rechtsterroristischen Anschlag. Ohne die Aufklärungsarbeit der Angehörigen und Engagierten hätte es keinen Untersuchungsausschuss gegeben. Zahlreiche Informationen sind heutzutage nur bekannt, weil Angehörige dafür gekämpft haben.

Hier zeigt sich die Nähe der Autoren, welche verbunden sind in ihrem privaten Verlust und im Kampf gegen Rassismus in all seinen Formen. Gemeinsam sind sie in der Initiative 19. Februar engagiert. Beide drücken aus, wie wichtig die Initiative ist, um sich gegenseitig Halt zu geben und Aufklärungs- und Gedenkarbeit zu leisten: »Wir waren es auch, die erstmals die Opfer in den Fokus rückten und nicht den Täter«, betont Etris.

Wer sich mit der Betroffenenperspektive auf den Anschlag in Hanau auseinandersetzen will, sollte diese Bücher unbedingt lesen. Ein Stück weit sind sie persönliche Trauerarbeit und Verarbeitung aber auch Erinnerungsarbeit. So reihen sich die Bücher in das selbstorganisierte und kraftvolle Gedenken an die Todesopfer von Hanau ein. •



Çetin Gültekin, Mutlu Koçak: Geboren, aufgewachsen und ermordet in Deutschland. Das zu kurze Leben meines Bruders Gökhan Gültekin und der Anschlag von Hanau, 302 Seiten, Heyne 2024, 16 €

Said Etris Hashemi: Der Tag, an dem ich sterben sollte. Wie der Terror in Hanau mein Leben für immer verändert hat, 224 Seiten, Hoffmann und Campe 2024, 23 €



In der Kategorie **Neu im Archiv** stellen wir Bücher vor, die in den vergangenen Monaten in unsere Bibliothek aufgenommen wurden.

Johannes Kiess, Michael Nattke: Widerstand über alles. Wie die Freien Sachsen die extreme Rechte mobilisieren, edition überland, Leipzig 2024.

Im Schatten der AfD-Wahlerfolge haben die »Freien Sachsen« bei den sächsischen Kommunalwahlen im Juni 2024 mindestens 95 Mandate geholt. Nun liegt erstmals ein Buch zu dieser 2021 gegründeten extrem rechten Kleinstpartei vor. Die Autoren Johannes Kiess und Michael Nattke beleuchten darin Personal, Online- und Offline-Strategien sowie Ideologiefragmente der Partei im Kontext regionaler Protestmobilisierungen und überregionaler Entwicklungen. Die regionalen Erfolge der Partei, so die Autoren, basieren dabei unter anderem auf den langjährigen Erfahrungen der zentralen Akteure (die vielfach aus dem Neonazi-Milieu kommen), dem bewegungsförmigen Auftreten sowie einer günstigen politischen Lage. Das Buch analysiert dabei nicht nur die verschiedenen Aspekte und Gelingensbedingungen der Partei in Sachsen, sondern verweist immer wieder auch auf überregionale gesellschaftliche Zusammenhänge und Entwicklungen der extremen Rechten. (vh)

Traudl Büniger: Eisernes Schweigen – Das Attentat meines Vaters. Eine deutsche Familiengeschichte, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2024.

In Südtirol wurde in den 1950er und 1960er Jahren mittels terroristischer Anschläge versucht, eine Loslösung des Gebiets von Italien zu erzwingen. An einer dieser Aktionen waren Heinrich Büniger und dessen Bruder maßgeblich beteiligt. Am 20.10.1962 explodierte am Bahnhof

von Verona eine Bombe und tötete Gaspare E., einen Mitarbeiter der Gepäckaufbewahrung. Die Journalistin Traudl Büniger recherchiert die Lebensgeschichte ihrer Familie anhand der (rechten) Biographie ihres Vaters und ordnet diese in die Nachkriegsgeschichte ein. Für ihre umfangreichen Recherchen besuchte sie auch das apabiz und konnte die Aktivitäten ihres Vaters mit unserem Material kontextualisieren. Passend zum lesenswerten Buch gibt es einen Podcast der Autorin zu diesem frühen Kapitel rechten Terrorismus. (ps)

Arne Semsrott: Machtübernahme. Was passiert, wenn Rechtsextremisten regieren. Eine Anleitung zum Widerstand, Droemer, München 2024.




Die Wahlumfrage für die kommenden Landtagswahlen sagen der AfD Spitzenwerte voraus und setzen damit den Trend fort. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, wann die AfD an einer Regierung beteiligt wird. Diese politische Realität verdeutlicht Arne Semsrott, Leiter des Recherche- und Transparenzportals FragDenStaat unter anderem anhand bisheriger Erfahrungen im In- und Ausland mit extrem rechten Parteien. Dabei macht er deutlich, welche grundlegenden Veränderungen und Auswirkungen das auf die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche wie Justiz, Zivilgesellschaft und Medien haben könnte. Semsrott belässt es nicht bei der Beschreibung dieser drohenden Gesellschaftsumbrüche, sondern zeigt konkrete Strategien und Möglichkeiten auf, wie diesen drohenden Entwicklungen entgegengesteuert werden kann. (ps)






Nicht gleich alles in die Tonne hauen!

Neue Wahlkämpfe stehen vor der Tür.
Das apabiz sammelt extrem rechte Wahlwerbung und Propaganda.
Diese sind Grundlage antifaschistischer Analysen.
Schickt uns die Originale für unser Archiv.

monitor - rundbrief des apabiz e.V.

antifaschistisches pressearchive und bildungszentrum berlin e.v.
lausitzerstr. 10 | 10999 berlin
v.i.s.d.p.: c. schulze
fotos: alle rechte liegen bei den fotograf*innen
iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00
bank für sozialwirtschaft
 030.6 11 62 49  mail@apabiz.de  www.apabiz.de

Unterstützt das apabiz!


Antifaschistische Arbeit kostet Geld. Wer das apabiz finanziell unterstützen will, spendet uns einen festen monatlichen Betrag (ab 8 Euro). Dafür bekommt ihr unseren Rundbrief *monitor*, unsere Reihe *magazine* und ab und an weitere Broschüren kostenlos zugeschickt. Wenn ihr uns besucht, bekommt ihr einen  und könnt euch ein  aus unserer Präsenzbibliothek ausleihen.